

Werbung



04.11.2025 • 76

Sebastian Fiedler

Falls Sachsen-Anhalt „Feindesland“ wird: SPD-Politiker will vor möglicher AfD-Regierung Behördendaten vernichten

Der SPD-Innenexperte Sebastian Fiedler möchte im Falle einer AfD-Landesregierung bei Polizei und Verfassungsschutz massiv Daten löschen. Das föderale System sei nicht darauf ausgelegt, dass ein Bundesland „auf einmal eine Art Feindesland“ werden würde.

Von Redaktion



Ist aufgrund des AfD-Erfolgs auch zu drastischen Maßnahmen bereit: SPD-Politiker Sebastian Fiedler (IMAGO/Political-Moments)

Die AfD steht in Umfragen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt kurz vor der absoluten Mehrheit. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Innenpolitiker Sebastian Fiedler fordert deshalb nun, dass Bundes- und Landesbehörden massiv Daten löschen sollen – diese sollen vermeintlich sensibel und im Falle einer AfD-Regierung

missbrauchsgefährdet sein.

Sachsen-Anhalt würde durch eine Regierungsübernahme der AfD „auf einmal eine Art Feindesland“ werden, erklärte Fiedler. Darauf sei das föderale System nicht ausgelegt, so der SPD-Politiker gegenüber dem *Focus*. Denn die Landesregierung Sachsen-Anhalts hat Zugriff auf Informationssysteme von Polizei und Verfassungsschutzbehörden, darunter Inpol, das zentrale Informations- und Fahndungssystem, und das Verfassungsschutz-Verbundsystem Nadis-WN. Vertreter der AfD hätten durch eine Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt Zugriff auf diese Systeme.

Ad



Fiedler möchte die Bundes- und Landesbehörden deshalb dazu bewegen, sich darauf vorzubereiten. Dazu sagt er: „Als Beamter bin ich auf das Grundgesetz verpflichtet. Und dann soll ich Extremisten die sensibelsten Daten überlassen? Da drücke ich lieber auf die Löschtaste.“ Durch eine AfD-Landesregierung könne „die Arbeit der anderen Behörden kontaminiert“ werden, so Fiedler.

Auch der skandalbehaftete Thüringer Verfassungsschutzchef Stephan J. Kramer stellt bezüglich einer möglichen AfD-Regierung ähnliche Überlegungen an – „das Konzept der wehrhaften Demokratie geht davon aus, dass ihre Feinde gar nicht so weit kommen.“ Doch eine radikale Vernichtung von Daten ginge selbst ihm zu weit. „Man kann einer eigenen Landesregierung ja nicht die amtseigenen Daten vorenthalten.“

Werbung

Der Vorstoß Fiedlers ist ein Novum – bislang gab es keine solchen Überlegungen. Allerdings gibt es keinen Hinweis darauf, dass die Sicherheitslage durch eine AfD-Regierung gefährdet werden könnte. Bereits vor kurzem hatten mehrere Politiker von Grünen, SPD und Union, etwa Jens Spahn oder Thüringens Innenminister Georg Maier, der AfD ohne konkrete Hinweise oder Beweise vorgeworfen, Spionage für Russland zu betreiben.

bc

Teilen:   

Zu den Kommentaren (76) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  Google Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) 

→ Weiter zum Zahlen

Apollo News monatlich unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

Junior 3 € **Standard** 9 € **Gegen-GEZ** 18.36 € **Sponsor** 50 € Anderer Betrag (€) 

Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung

Werbung

Ihr Kommentar ...

76 Kommentare

Relevanz 

Sebastian Rother 04.11.2025 um 13:41 Uhr



Ankündigung einer Straftat im Amt. Die Daten gehören dem Staat, somit Allen...

 58  Antworten

Enttäuschter2 04.11.2025 um 14:04 Uhr



Mich wundert immer, dass jeder Migrant von „Rechtspflegern“ belagert wird, aber deutsche Politiker können machen, Was sie wollen, da erhebt sich kein Staatsanwalt.

In meinem Rechtsverständnis ist dieser Aufruf zur Vernichtung der (verpflichtend!) erstellten Dokumente schwerer Treuebruch (oder Amtsmissbrauch?) eines Menschen, der von Amts wegen Immunität genießt.
Ist Das dann nicht ein Officialdelikt?

Nachsatz:

Aber immerhin eine stimmige Fortsetzung der Stasi-Tradition aus 1989 ...

 6  Antworten

wern 04.11.2025 um 14:03 Uhr



Dass das keine Konsequenzen hat, sieht man ja an Lösch-Uschi. Bei der sind doch immer alle Daten verschwunden, wenn man sie damit möglicherweise zur Verantwortung ziehen könnte.

 3  Antworten

Ernst Timm 04.11.2025 um 13:44 Uhr



Das erinnert mich an die Schredder-Aktionen der Stasi 1989. Naja, wenn dokumentiert sein sollte, welche SPD-Leute mit der Antifa zusammen „Unsere Demokratie“ beschützt haben, kann ich deren Ängste verstehen.

 37  Antworten